



Antrag

der Abgeordneten **Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Wissenschaftsbrücke für Studierende und Forschende aus der Ukraine

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Hochschulen und Universitäten in Bayern ein Sofortprogramm „Wissenschaftsbrücke“ für Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierende aus der Ukraine einzurichten, mit dem Ziel, vom Kriegsgeschehen in der Ukraine Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfe zu bieten und Geflüchteten eine Weiterführung ihres Studiums und des wissenschaftlichen Arbeitens zu ermöglichen.

Anknüpfend an das bereits angelaufene Hilfsengagement der Hochschulen soll Studierenden und Forschenden aus der Ukraine mit umfassenden Hilfs- und Unterstützungsangeboten eine schnelle Integration in das bayerische Wissenschaftssystem ermöglicht werden.

Dabei sollen die folgenden Ziele umgesetzt werden:

1. Studienangebote für Geflüchtete
 - Schaffung von Angeboten der Aufnahme und Weiterführung des Studiums für Geflüchtete
 - Unterstützungsangebote bei der Suche nach Studienplätzen, Arbeitsplätzen und Jobs in der Wissenschaft
 - Schaffung von Wohnraum
 - Ausbau von Sprach- und Integrationskursen
 - Landesweite Plattform zur Vernetzung von Hilfsangeboten
2. Unterstützung für bereits in Bayern Studierende aus der Ukraine
 - Regelungen zur Wiederholung von Prüfungen und Schreibverlängerung für Abschlussarbeiten für ukrainische Studierende mit Angehörigen im Kriegsgebiet
 - Psychologische Beratung und Unterstützung ukrainischer Studierender mit Angehörigen im Kriegsgebiet und Fluchterlebnissen
3. Weiterführung wissenschaftlicher Arbeit
 - Angebote für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine zur Integration in das bayerische Wissenschaftssystem zur Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit
 - Schaffung einer Plattform, die geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und wissenschaftliche Gastgebende schnell und fachlich passend zusammenbringen soll

Begründung:

Von der kriegerischen Aggression gegen die Ukraine sind auch viele Beschäftigte der ukrainischen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen betroffen. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende sind auf der Flucht und werden auch in Bayern erwartet. Die Studierenden und Forschenden brauchen schnelle und unbürokratische Hilfsangebote und eine sichere Möglichkeit, ihr Studium und ihre wissenschaftliche Arbeit weiter zu verfolgen.

Mit dem Notfonds „Ukraine-Krise“ für Studium und Forschung hat die Staatsregierung bereits ein wichtiges finanzielles Unterstützungsangebot für ukrainische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich bereits im Freistaat aufhalten und in eine Notlage geraten sind, geschaffen.

Jetzt braucht es großzügige Regelungen für ukrainische Studierende mit dem Ziel einer Erleichterung des Studienverlaufs bei persönlicher Betroffenheit durch das Kriegsgeschehen sowie psychosoziale Beratungsangebote, um die Studierenden in ihrer belasteten Studiensituation zu stützen und zu fördern.

In anderen Bundesländern sind bereits umfassende Programme zur Eingliederung von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als „Wissenschaftsbrücke“ gestartet worden. Geflüchtete sollen ohne bürokratische Hemmnisse Zugang zum Studium oder zum wissenschaftlichen Arbeiten erhalten. Mit Sprach- und Integrationskursen und zentralen Informationsplattformen kann die Integration in das bayerische Wissenschaftssystem erleichtert werden. Die Ukraine ist seit dem Jahr 2005 vollwertiger Bologna-Vertragsstaat. Studiengänge und -abschlüsse entsprechen den einheitlichen EU-Standards.

Das bayerische Wissenschaftssystem steht für Demokratie und Freiheit, insbesondere die Freiheit der Wissenschaft als Grundwerte unserer Gesellschaft. Zu den Werten von Diversität gehört dabei die Intensivierung des internationalen Austausches und der Zusammenarbeit. Der freie Austausch Forschender, Lehrender und Studierender bedarf in diesen Tagen des besonderen Schutzes.